

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 28. Sitzung des Bauausschusses**

vom:           **08.11.2023**

von:           **17:00 Uhr**

bis:            **18:29 Uhr**

Ort:            **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,  
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Bauausschuss:

Stv Klein, Marc	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
AM Grund, Annegret	
Stv Heupel, Rüdiger	
AM Krämer, Hartmut	
Stv Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Reifenrath, Frank	
Stv Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
Stv Schneider, Silke	vertritt Dil, Yilmaz
AM Schneider, Walter	
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	vertritt Six, Annette
AM Uhlendorf, Jens	
AM Welter, Christian	
AM Yousuf, Himat	

##### Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike	
AM Ortmann, Marion	vertritt Dr. Münch, Jochen
Stv Simon, Ursula	vertritt Steffe, Roland

Als Zuhörer:

AM Schweisfurth, Elke Gisela

Von der Verwaltung:

VA Hinkel

VA Meyer

VA Kühn

VA Krippendorf

VA Bockemühl

- bis TOP 9 (17:55 Uhr)

VA Springmann

-bis TOP 10 (18:15 Uhr)

VA Bergholz

-bis TOP 2

VA Mockenhaupt

-als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dil, Yilmaz

vertreten durch Stv Schneider, Silke

Stv Grisse, Robert

vertreten durch Stv Schneider, Rainer

Stv Six, Annette

vertreten durch Stv Schwarzer, Michael

Stv Steffe, Roland

vertreten durch Stv Simon, Ursula

AM Münch, Dr. Jochen

vertreten durch AM Ortmann, Marion

AM Özcan, Kürsat

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

Vor Eintritt in die Tagesordnung kritisiert Herr Cziba, in dem ihm digital übersandten Sitzungsunterlagen seien die des nichtöffentlichen Teils nicht enthalten gewesen. Er habe sich somit die Unterlagen anderweitig besorgen müssen.

Da sich seine Fraktion bereiterklärt habe, die Unterlagen über die CDU- Geschäftsstelle digital zu verteilen, bitte er den Fehler zu entschuldigen. Seine Unterlagen seien vollständig gewesen. Er gehe aber davon aus, dass unter Berücksichtigung der derzeitigen Umstände durch die Cyberattacke eine Beratung der Punkte stattfinden könnte, so Herr M. Klein.

Kein weiteres Ausschussmitglied macht geltend, unvollständige Sitzungsunterlagen erhalten zu haben.

**1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 16.08.2023**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**28. BA 08.11.2023**

**2. Fragestunde****2.1 Zustand öffentlicher Brunnenanlagen im Stadtgebiet  
- Anfrage der UWG- Fraktion**

Vorlage Nr. AF 1287/2023

Herr Bergholz beantwortet die Anfrage über den Zustand öffentlicher Brunnenanlagen im Stadtgebiet wie folgt:

**1. Wie viele städtische Brunnenanlagen gibt es im Stadtgebiet?**

Antwort:

Die Grünflächenabteilung der Stadt Siegen betreut 18 Zierbrunnen sowie zwei Trinkbrunnen im Stadtgebiet.

**2. Wie viele dieser Anlagen sind nicht betriebsbereit?**

Antwort:

Drei Anlagen sind dauerhaft nicht betriebsbereit. Zwei Anlagen waren im Jahr 2023 aufgrund von Bauarbeiten in der unmittelbaren Umgebung abgeschaltet (Rubensbrunnen Schlosspark -Mauersanierung, Brunnen Bahnhofstraße – Johann-Moritz-Quartier). Im Sommerhalbjahr 2023 waren 13 Zierbrunnen und zwei Trinkbrunnen im Betrieb. Diese sind seit Mitte Oktober (42. KW) zum Winterhalbjahr abgeschaltet worden.

**3. Um welche Anlagen handelt es sich?**

Antwort:

Drei Brunnen sind aufgrund von ungeklärt hohen Wasserverlusten, veralteter bzw. technisch nicht mehr zulässiger Brunnentechnik und / oder außergewöhnlich hohen Unterhaltungskosten dauerhaft außer Betrieb genommen worden:

- Brunnen Fissmer-Anlage
- Brunnen Friedrich-Neus-Platz
- Brunnen Siegerlandhalle

**4. Wie hoch setzt die Verwaltung die Instandsetzungskosten für die Brunnenanlagen an? Bitte für jede Anlage die Kosten separat aufführen.**

Antwort:

Die Schäden an den genannten Brunnenanlagen erfordern generelle Sanierungen bis hin zum kompletten Neubau. Die Anlagen können nicht mit einfachen Reparaturen wieder in Betrieb genommen werden.

Aufgrund der Personalsituation der Abteilung 4/6 konnten die Planungen für die Instandsetzungen der genannten Anlagen bisher nicht aufgenommen werden, daher können derzeit keine Angaben zu den Kosten gemacht werden.

**5. Welche dieser Anlagen beabsichtigt die Verwaltung bis zur 800 Jahrfeier wieder in Betrieb zu nehmen?**

Antwort:

Im besten Fall können die Planungen für die Instandsetzungen der genannten Brunnenanlagen und die jeweiligen Kostenberechnungen in 2024 erstellt werden, die als Grundlage für die Mittelanmeldungen zum Haushalt 2025 verwendet werden können.

Die Inbetriebnahme einer oder mehrerer der o.g. Brunnenanlagen zum Sommer 2024 ist ausgeschlossen.

➤ *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.*

**28. BA 08.11.2023**

**3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung**

**3.1 Einrichtung eines Arbeitskreises "Klimaneutraler Gebäudebestand"  
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AT 294/2023

Herr Uhlendorf begründet für die antragstellenden Fraktionen den Antrag.

Grundsätzlich spreche nichts gegen das Anliegen, so Herr Cziba. Es gehe jedoch darum, ob zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Sachstand der Gutachten bereits so weit gediehen sei, dass die Arbeit des Arbeitskreises auf der Grundlage der Gutachten definiert werden, ein sinnvoller Start des Arbeitskreises benannt werden könne bzw. ob sich derzeit die Verwaltung überhaupt in der Lage sehe, für einen solchen Arbeitskreis Input zu liefern.

Der Arbeitskreis solle an das Gutachten der Energielenker GmbH anknüpfen und man hoffe, dass dieses bis zum Jahresende vorliege, so Herr Christian. Eine Zusammenstellung eines Arbeitskreises sei ein Standardinstrumentarium, auch der grobe Rahmen, worum es im Arbeitskreis gehen solle, stehe fest, nämlich der städtische Gebäudebestand und die Umsetzung der Festlegungen des Gutachtens. Da es um den Gebäudebestand, mögliche Um- und Erweiterungen bzw. den Erhalt von Gebäuden gehe, sei es wichtig, den Arbeitskreis dem Bauausschuss zuzuordnen und nicht in den Arbeitskreis des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie zu integrieren.

Als Vertreter der Verwaltung sei er ein Freund eines Arbeitskreises in dem sich die Politik engagiere, Voraussetzung sei jedoch, dass dieser die Verwaltung nicht behindere und entscheidungsfreudig sei, so Herr Meyer.

Frau Krippendorf ergänzt, für den Bereich der Stadtentwicklung habe es verschiedene themenspezifische Arbeitskreise gegeben. Aus Vereinfachungsgründen hinsichtlich der Vorbereitung und der Schwierigkeiten der Terminfindung halte sie es für sinnvoll und zielgerichteter, solche Themen zu bündeln und die Fachkompetenz zusammenzuziehen.

Idee hinter dem zusätzlichen Arbeitskreis sei, dass sich darin die Personen aus den Fraktionen, die sich mit Gebäudesanierungen auskennen, speziell damit beschäftigen. Dies müsse nicht unbedingt zu mehr Sitzungen führen, sondern schwerpunktmäßig zum Thema tage der jeweilige Arbeitskreis, so Herr M. Klein.

Herr Christian unterstützt den Vorschlag, da es hier speziell um Gebäudesanierungen geht und stellt positiv heraus, in nichtöffentlichen Arbeitskreisen könne in der Sache diskutiert und Sachthemen vertieft vorbereitet werden, so dass keine langwierige Beratung im Bauausschuss mehr folgen müsse.

Herr W. Schneider tut sich mit der Einrichtung eines zusätzlichen Arbeitskreises schwer. Der AK Klimaschutz decke seines Erachtens dieses Thema mit ab. Aufgrund der Fragen von Herrn Cziba stelle er anheim, den Antrag zunächst zu schieben, bis das Material zur Verfügung stehe bzw. feststehe, wann der Arbeitskreis tagen solle. Ein weiterer Arbeitskreis binde sowohl Verwaltung als auch die Politik. Einer Mehrheitsentscheidung wolle er sich jedoch nicht verweigern.

Herr J. Schulz beantragt für die Fraktion Die Grünen das Schieben des Themas bis zur Vorlage der entsprechenden Daten. Ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt gehe „ins Blaue“, da man nicht wisse, was auf einen zukomme.

Grundsätzlich habe sie kein Problem mit der Einrichtung von Arbeitskreisen. Aufgrund der derzeitigen Situation, wenn die Verwaltung mit der IT- Problematik beschäftigt sei, sei sie der Auffassung, den Antrag zunächst zu schieben und erneut darüber zu beraten, wenn sich die Situation wieder normalisiert hat, so Frau S. Schneider.

Der zeitliche Rahmen sei schwer zu fassen, die Unterlagen seien für Ende des Jahres zugesagt, frühestens könnte der Arbeitskreis Ende des Frühjahr 2024 erstmals tagen, so Herr Meyer. Lügen die Ergebnisse vor, kenne man die Basis und man könne das weitere Vorgehen festlegen.

Als Alternative plädiert Herr Pfeifer für eine Beschlussfassung über die Einrichtung des Arbeitskreises im Rahmen eines Vorratsbeschlusses. Ein Verschieben führe zu einer zeitlichen Verzögerung. Sei der Beschluss gefasst, könne der Arbeitskreis eingerichtet werden, wenn es zeitlich passe.

Herr Klein stellt zunächst den Antrag der Fraktion Die Grünen zur Abstimmung, den Antrag zu schieben und zum späteren Zeitpunkt erneut zu beraten.

Der Antrag wird bei 8 Stimmen dafür (Grüne/Linke/FDP), 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

**Beschluss:**

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen empfiehlt dem Rat der Universitätsstadt Siegen die Einrichtung eines politischen Arbeitskreises „Klimaneutraler Gebäudebestand“ zu beschließen.

**Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 4 dagegen, 4 Enthaltungen**

**28. BA 08.11.2023**

**3.2 Sachstandsbericht Hettlage- Gebäude**

Vorlage Nr. AT 297/2023

Frau Krippendorf informiert, die Universitätsstadt Siegen sei nicht verfahrensführende Stelle. Der architektonische Realisierungswettbewerb sei durch die Universität ausgelobt und die Jury habe die Preisträger festgelegt. Im Regelfall fänden im Anschluss daran die Verhandlungsverfahren mit den Preisträgern statt mit dem Ziel, mit dem Ersten ein Auftragsverhältnis einzugehen und das Projekt zur Umsetzung zu bringen. Da es kein eigenes Verfahren sei, könne sie Weiteres dazu nicht sagen. Auf der Homepage der Universität gebe es aber ausführliche Information.

Es gebe für die Altstadt eine Erhaltungssatzung. Man sei enttäuscht, wie die Universität mit dem Thema Erhaltungssatzung umgehe, da der Entwurf dieser nur schwer entspreche. Aus diesem Grund sollten die öffentlichen Gremien, die die Erhaltungssatzung beschlossen hätten, bei dem Gebäude beteiligt werden, so Herr Cziba.

Inhaltlich merkt er an, man könne zwar für den Durchgang Siebergstraße über den Straßendurchgang einen Gebäuderiegel setzen, ob dies sinn- und sachgerecht sei, sei dahingestellt. Zum anderen enthalte der Entwurf relativ große Glasflächen, dies widerspreche der Satzung für den Erhaltungsbereich. Seine Fraktion halte eine öffentliche Diskussion an geeigneter Stelle für sinnvoll.

Herr M. Klein regt an, das Thema im nichtöffentlichen Teil noch einmal aufzugreifen, um diskutieren zu können.

Natürlich müssten für alle Bauvorhaben, die sich in der Innenstadt entwickeln und neu gebaut werden, alle Vorgaben, gesetzliche Anforderungen und Satzungen, angewendet werden. Die Satzungen eröffnen aber auch die Möglichkeit, Sonderbauten zu errichten, dies müsse geprüft werden. Weiter seien Verwaltung und Politik durch den Bebauungsplan nicht außen vor, so Frau Krippendorf. Im Rahmen der Auslobung seien den Teilnehmenden die Eckdaten kommuniziert worden. Wie eine Jury arbeite sei bekannt, aus Verwaltungssicht komme aber der Entwurf am ehesten dem nahe, was sich die Verwaltung an dieser Stelle vorstellen könne und sei somit eine gute Ausgangslage für die Verhandlungsgespräche, die die Universität zu führen habe.

Herr Cziba bittet zu prüfen, ob es eine Regelung gibt, dass die Satzung für die Universitätsbauten keine Gültigkeit habe.

- *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und möchte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung das Thema erneut aufgreifen.*

28. BA 08.11.2023

**4. Teileinziehung  
Obere Kaiserstraße in Siegen-Geisweid**

Vorlage Nr. VL 1483/2023

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 7 Abs.2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, in der zur Zeit gültigen Fassung, die Teileinziehung der Oberen Kaiserstraße (Gemarkung Geisweid, Flur 10, Flurstücke 278 und 318) in Siegen-Geisweid.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

28. BA 08.11.2023

**5. Sanierung des Objektes Freudenberger Straße 67 (andersROOM) durch die Stadt Siegen**

Vorlage Nr. VL 1474/2023

Die AfD- Fraktion sehe den Antrag kritisch, da u. a. der Leihvertrag nicht vorliege und man die Angelegenheit ohne Kenntnis der Vertragsmodalitäten nicht objektiv beurteilen könne. Weiter wolle man wissen, welche Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahme der SIS während der Vertragslaufzeit veranlasst und finanziert habe, wie und in welchen Abständen die Maßnahmen durch die KEG überprüft worden seien und woraus der hohe Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf resultiere. Sollte der SIS seinen Instandhaltungspflichten nicht nachgekommen sein, könne dies nicht zu Lasten des Steuerzahlers gehen, so Frau Simon. Sei dies der Fall, seien Regressansprüche zu prüfen. Es beständen noch viele Unklarheiten.

Auch die SPD- Fraktion habe offene Fragen, so Herr Pfeifer. Einerseits gehe es um die Entscheidung des Bauausschusses ein städtisches Gebäude zu sanieren, andererseits gebe es einen Vertrag, nach dem den Nutzern des Gebäudes die Instandhaltung von Dach und Fach obliege. Ihm sei nicht bekannt, ob der Verein jemals finanziell in der Lage gewesen sei, diese Aufwendungen leisten zu können. Wenn dies der Fall gewesen sei, stelle sich die Frage, ob einer solcher Vertrag von Seiten des Hauseigentümers unseriös gewesen sei. Dies führe zu weiteren Fragen. Saniere die Stadt das Gebäude, weil Instandhaltungen nicht durchgeführt worden seien, unterbreite die Stadt den Vorschlag zur Sanierung, weil man den Verein als Nutzer behalten wolle oder wolle man den Vertrag behalten. Aufgrund der vielen Unklarheiten lehne die SPD- Fraktion die Vorlage ab. Bis zum Rat könne die Verwaltung gezielter darüber informieren was mit dem sanierten Gebäude oder dem Verein vorgesehen sei, ob die Stadt das Gebäude behalten wolle oder möglicherweise der Verein das Gebäude übernehme.

Auch die CDU- Fraktion habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und sehe viele Fragen, was den Vertrag und daraus resultierenden Rechte und Pflichten angehe, so Herr Reifenrath. Das Gebäude sollte im Eigentum der Stadt verbleiben, da es aufgrund der Lage auch Entwicklungsmöglichkeiten biete, man sehe aber auch den hohen finanziellen Rahmen, der hier angesetzt sei.

Die CDU- Fraktion wolle den Antrag dahingehend abändern, den Ansatz für den notwendigen Erhalt des Gebäudes auf 50.000 € zu reduzieren, um handlungsfähig für die Durchführung von Maßnahmen zu sein. Das Thema der energetischen Sanierung des Gebäudes solle in Zusammenhang mit Fördermöglichkeiten durch Bündelung von Maßnahmen geprüft und in Betracht gezogen werden. Die vertraglichen Modalitäten seien ebenfalls zu betrachten, damit nicht nach einer Sanierung die gleiche Situation wie derzeit eintrete, weil der Verein finanziell zur Durchführung von Unterhaltungsmaßnahmen nicht in der Lage sei.

Auch die Grünen hätten viele Fragen, was die Vertragsbedingungen angehe, so Herr J. Schulz. Man wolle jedoch, dass der Verein in Siegen verbleibe, da er extrem wichtig für die Stadt sei.

Der Ansatz von 175.000 € klinge hoch, sei es aber heutzutage nicht mehr. Er gehe eher davon aus, dass der Ansatz nicht auskömmlich sei. Die Summe werde sich im Lauf der Sanierung erhöhen, wenn man das Gebäude erhalten wolle.

Herr Uhlendorf erbittet seitens der Verwaltung einen Maßnahmenkatalog über die dringend erforderlichen Maßnahmen und die Maßnahmen, die möglicherweise über eine Förderung abgewickelt werden könnten.

Herr Christian regt aufgrund der offenen Fragen an, nicht über die Vorlage nicht abzustimmen. Im Haupt- und Finanzausschuss könnten bereits Fragen geklärt und im Rat entschieden werden.

Der Leihvertrag liege ihm derzeit nicht vor. Die Verwaltung könne einen Maßnahmenkatalog mit den wesentlichen Punkten erstellen. Zu einem zukünftigen Vertrag, was der Verein in den Jahren seit Bestehen des Vertrages erbracht habe oder wie oft die KEG das Gebäude begangen habe, könne er derzeit keine Aussage treffen, so Herr Meyer.

Herr M. Klein stellt als Fazit der Aussprache fest, dass zur heutigen Sitzung keine Beschlussfassung erfolgen soll.

#### **Beschlussvorschlag:**

~~Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Durchführung erforderlicher Sanierungsarbeiten am Objekt in der Freudenberger Straße 67 durch die Stadt (zentrale Gebäudewirtschaft) und die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 Euro im Haushaltsplan 2024.~~

**Beratungsergebnis: keine Beschlussfassung, offene Fragen sollen geklärt und die Entscheidung im Rat getroffen werden**

**28. BA 08.11.2023**



**6. Bebauungsplan Nr. 459 "Gartencenter Kremer" und 108. Änderung des Flächennutzungsplans im Stadtteil Siegen (Satzungs- und Feststellungsbeschluss) hier:**

**Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**

**Zusammenfassende Prüfung und Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise**

**Beschluss des städtebaulichen Vertrages**

**Beschluss der 108. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen und Beschluss des Bebauungsplans Nr. 459 "Gartencenter Kremer"**

Vorlage Nr. VL 1521/2023

Dass sich die Grünen damit schwergetan hätten, das Gewerbegebiet in eine Handelsfläche umzuwidmen, sei bekannt, so Herr J. Schulz. Nunmehr müsse man das Beste daraus machen. In diesem Zusammenhang wolle man wissen, warum keine Parkplatz-Photovoltaikanlage mit eingeplant werde und ob es noch Möglichkeiten bei der Planung des Pylons gebe. Dieser sei nicht ansprechend und vermittele den Charakter eines Autohofs.

Das Thema der Photovoltaikanlage über dem Parkplatz habe man bereits in den verschiedensten Stadien der Planung besprochen. Sie habe mitgenommen, dass an dieser Stelle eine begrünte Parkplatzanlage wichtig sei und dies nicht unbedingt damit korrespondiere, wenn man die Flächen mit einer Photovoltaikanlage überdecke. Mit dem Bebauungsplan habe man die Möglichkeit, die Vorgaben aus der Landesbauordnung abzuwägen. Dies sei auch im Rahmen der Offenlage mitgetragen worden und sei somit weiterhin Gegenstand der Planung und des städtebaulichen Vertrages, um ein gutes „Begrünungskonzept“ festzulegen. Insofern sei dies ein guter Kompromiss, weil es im Umfeld überwiegend befestigte Flächen gebe und es hier guttue, mit der vorgesehenen Begrünung einen Gegenpol aufzumachen. Die Verwaltung sei der Beratung konsequent gefolgt und stehe vor dem Satzungsbeschluss, so Frau Krippendorf.

Das Thema Pylon sei eine Geschmackssache, ab sie wisse nicht, wie man zu einem anderen Entwurf kommen könne. Es sei das Layout der Firma Kremer und im Verhältnis zum Pylon der Fa. IKEA sei der jetzige wesentlich reduzierter. Die Verwaltung habe versucht, dies über die Dimensionierung und die Höhenentwicklung bestmöglich für Siegen zu regeln.

Zu den Pylonen müsse man sich den Anfängen erwehren, es schaffe Präzedenzfälle für andere Läden und somit ein städtebauliches Problem, so Herr Cziba. Keiner wolle am Ortseingang „Klein-Las Vegas“.

In Erndtebrück den Naturausgleich der Maßnahme zu schaffen, sehe seine Fraktion als kritisch an. Dies sei weit hergeholt und er frage, ob es in Siegen keine Flächen gegeben habe, um den Ausgleich zu erreichen.

Zum Thema der Solarenergie führt er aus, gesetzlich müsse man den Parkplatz mit Photovoltaik belegen, aber die Abwägung der Verwaltung gehe dahin, es nicht zu fordern. Er frage, ob es ein Kompromiss sein könnte, die riesigen Dachflächen des Gebäudes semitransparent mit Photovoltaik zu gestalten. An anderen Stellen würden gute landwirtschaftlichen Flächen genutzt und hier ständen riesige Dachflächen zur Verfügung. Dadurch könnte man andere Naturflächen schonen, was Anliegen der Fraktion gewesen sei. Er bitte das Thema „Semitrans-

parente Photovoltaik“ noch einmal mitzunehmen, es komme sowohl dem Unternehmen als auch der Stadt zugute. Für die Fa. Kremer biete es sowohl Verschattung als auch Energiegewinnung und es handele sich dabei um keine neue Technologie, so Herr Cziba.

Die Gefahr von „Klein-Las Vegas“ sieht Frau Krippendorf aufgrund des Bebauungsplanes nicht, der genaue Regelungen vorsieht. Darüber hinaus sei das Quartier so gut wie abgeschlossen und es werde wenige Folgemöglichkeiten geben. Für jeden weiteren Fall, der eine solches Ansinnen habe, werde man mit der Politik diskutieren müssen, ob dafür ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss und welche Regelung dafür vorgesehen werden, so dass man die Gestaltung oder Verhinderung gemeinsam in der Hand habe.

Zum Ausgleich der Flächen in Erndtebrück führt sie aus, wie der Ausgleich der Flächen vorzustattgehen dürfe oder könne, sei gesetzlich geregelt. Davon habe die Fa. Kremer Gebrauch gemacht. Die Untere Naturschutzbehörde, die im Verfahren den Umwelt- und Naturschutz prüft, habe dies nicht moniert.

Etwaige Flächen für Photovoltaik seien in den Gesprächen diskutiert worden. Stand der Verhandlungen sei der nunmehr vorliegende städtebauliche Vertrag mit den Ergebnissen und Flächen, die seitens des Unternehmens für Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden, so Frau Krippendorf.

Herr Cziba hinterfragt kritisch, wer seitens der Verwaltung kontrolliere, ob der Ausgleich in Erndtebrück geschaffen worden sei. Im Stadtgebiet sei dies unproblematisch.

Herr J. Schulz fragt, wieviel PV- Fläche auf der Stellfläche errichtet werden könnte.

**Antwort der Verwaltung:**

*Im Nachgang zur Bauausschusssitzung beantwortet die Verwaltung ergänzend die Frage der Grünen, wieviel PV-Fläche theoretisch auf der Stellplatzfläche errichtet werden könnte:*

*„Für die Nutzungen des Gartencenters werden ca. 120 Stellplätze zu errichten sein. Davon sind einige Stellplatzbereiche aufgrund von Verschattung oder anderer Restriktionen nicht für die Überdachung mit PV geeignet. Somit wäre theoretisch eine Stellplatz-PV-Fläche von 1.000m<sup>2</sup> bis 1.100 m<sup>2</sup> denkbar. Die Fa. Kremer verpflichtet sich zur Herrichtung von mindestens 1.000 m<sup>2</sup> PV auf ihren Dachflächen, was auch bedeutet, dass zur Optimierung der eigenen Energieversorgung weitere Dachflächen mit PV bestückt werden.“*

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 108. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 459 "Gartencenter Kremer" eingegangenen Stellungnahmen, insbesondere die Anregungen und Hinweise aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie der Nachbarkommunen, entsprechend der Anlagen 5 und 6 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung.
- den städtebaulichen Vertrag (Anlage 13)

- die 108. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 27.09.2023 (Anlage 7) samt Begründung, Umweltbericht und Artenschutzrechtlichem Fachbeitrag (Anlagen 8, 11 und 12)
- den Bebauungsplan Nr. 459 "Gartencenter Kremer" (Anlage 9) in der Fassung vom 27.09.2023 als Satzung samt Begründung, Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag (Anlagen 10, 11 und 12).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen/ Grüne**

**28. BA 08.11.2023**

**7. Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen;  
hier: Anpassung der Satzung**

Vorlage Nr. VL 1511/2023

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

1. die Anpassung der „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ anhand des beigefügten Satzungsentwurfs sowie
2. das Außerkrafttreten der alten „Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielplätzen (private Anlagen) für Kleinkinder in der Stadt Siegen“ mit dem Inkrafttreten der neuen Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**28. BA 08.11.2023**

**8. Rund um den Siegberg;  
hier: Sachstand der Gesamtmaßnahme**

Vorlage Nr. VL 1554/2023

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstand der Gesamtmaßnahme „Rund um den Siegberg“ zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**28. BA 08.11.2023**

9. **Rund um den Sieberg;  
hier: 3. Änderung der Richtlinie der Universitätsstadt Siegen über die Gewährung von Zuwendungen zur Sanierung und Neugestaltung von Fassaden und Dächern ("Fassadenprogramm Innenstadt");  
- Auf § 31 GO NRW wird hingewiesen  
- Beschluss der 3. Änderung der Richtlinie "Fassadenprogramm Innenstadt"**

Vorlage Nr. VL 1555/2023

Herr Welter befürwortet die Verwaltungsvorlage, vermutet aber einen Widerspruch durch die Beschreibung in den Förderrichtlinien, dass Denkmalförderungen nicht vorgesehen seien, im Text sei aber festgelegt sei, dass die Maßnahmen im Einklang mit dem Denkmalschutz vollzogen werden.

Herr Springmann widerspricht Herrn Welter. Es gehe darum, dass die Denkmalbehörde die vorliegenden Anträge mit betrachte. Für eingetragene Denkmale gebe es einen eigenen Fördertopf, so dass diese nicht mehr Teil dieser Maßnahme seien.

Frau Krippendorf ergänzt, möglicherweise sei die Formulierung missverständlich. Gemeint sei, dass das Thema baukulturell bewertet werden soll und hier liege die Fachkompetenz beim Denkmalschutz. Prüfmatrix sei die Zustimmung des Denkmalschutzes unter dem Aspekt baukulturell erhaltenswerter Gebäuden.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die 3. Änderung der der Vorlage als Anlage beigefügten Richtlinie der Universitätsstadt Siegen über die Gewährung von Zuwendungen zur Sanierung und Neugestaltung von Fassaden und Dächern („Fassadenprogramm Innenstadt“) in Bezug auf das Städtebauförderprogramm „Rund um den Sieberg“ im Stadtteil Siegen-Mitte.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**28. BA 08.11.2023**

10. **Gesamtstädtisches WC-Konzept – Bedarfsuntersuchung für öffentliche WC-Anlagen**

Vorlage Nr. VL 1556/2023

Er findet das Konzept sehr gut gelungen, es sei umfassend und gut bedacht, so Herr J. Schulz. Wenn man sich dazu entschlöße, die Nutzung der WC- Anlage kostenlos zur Verfügung zu stellen, sollte man in einem Jahr Revue passieren lassen, ob das Ergebnis so sei, wie man sich dies vorgestellt habe. Erfahrungsgemäß führe die permanente Öffnung zu Vandalismus. Auch die „Nette Toilette“ sei ein gutes Konzept, aber es werde nicht ausreichend auf die entsprechenden Standorte hingewiesen. Er regt dazu an, entsprechende Scan-Codes mit den entsprechenden Informationen anzubringen.

Herr Cziba fragt nach Erfahrungen der Verwaltung mit Beleuchtung, die es für Drogenabhängige unmöglich mache, ihre Venen zu finden. In anderen Städten werde dies bereits umgesetzt und beschränke entsprechende Nutzungen. Da es in Siegen keine „Druckräume“ gebe, laden vor allem offene Toiletten für derartige Nutzungen ein. Positiv finde man, dass über den Service nachgedacht worden sei und man zweimal täglich die Anlagen kontrolliere und Ordnung schaffe.

Da die Umsetzung lange dauern werde, frage er nach der Möglichkeit, an weniger frequentierten Standorten Fertigtoiletten, wie z. B. DIXI oder Komposttoiletten, anzubieten. Diese könnten mit einem Umbau versehen werden, damit es städtebaulich attraktiver aussehe. Es könne eine Lösung für den Übergang oder an weniger frequentierten Standorten sogar eine Dauerlösung sein.

Die CDU- Fraktion lobt, wieviel Arbeit in diese Bedarfsanalyse gesteckt worden sei. Man verfüge nunmehr über eine gute Grundlage für ein Umsetzungskonzept, welches über einen längeren Zeitraum erfolgt. Die Basis sei geschaffen, um im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen zu berücksichtigen, so Herr Reifensrath.

Auch sie halte den Ausbau des städtischen Angebots an öffentlichen Toiletten für erfreulich, so Frau S. Schneider. Das Angebot gehöre für sie zum Bereich der Daseins-fürsorge. Eine kostenlose Nutzung halte sie für wichtig und richtig. Ergänzend befürworte sie die Erweiterung des Konzeptes der „Netten Toilette“ in der Stadt. Hierbei vermeide man das Problem des Vandalismus.

Zielrichtung der kostenlosen Nutzung sei es, Vandalismus einzudämmen, so Herr Christian. Offensichtlich sei es bei geschlossenen Toiletten zu entsprechenden Schäden gekommen. Inwieweit dies in der Zukunft tatsächlich der Fall sei, werde man erfahren. Bei der „Netten Toilette“ handele sich lediglich um ein Zusatzangebot, da diese nicht 24 Stunden geöffnet sei. Ein Hauptproblem sei das Fehlen entsprechender Hinweise auf die „Nette Toilette“.

Herr Meyer informiert den Bauausschuss, bezüglich der angesprochenen Beleuchtung habe man sich mit anderen Kommunen ausgetauscht und auch in Geisweid habe man Versuche durchgeführt. Mittlerweile gehe man wieder zur normalen Beleuchtung über, da sich Drogenabhängige die Venen entsprechend kennzeichnen oder Handylicht nutzen und somit die entsprechenden Verschmutzungen nicht vermieden werden, so dass man für die Nichtdrogenabhängigen wieder reguläre Beleuchtung schaffe.

Die Vergangenheit habe gezeigt, dass es sowohl bei kostenlosen als auch bei den kostenpflichtigen Toiletten zu Vandalismus gekommen sei. Kostenpflichtige seien häufig aufgebrochen worden, um das Geld zu entwenden und die verursachten Schäden hätten in keinem Verhältnis zu den Einnahmen gestanden. Im Rahmen des Konzeptes sei eine Beteiligung durchgeführt worden, hier sei die kostenlose Nutzung gewünscht worden. Das Konzept der „Netten Toilette“ werde regelmäßig erweitert. Federführend sei Herr Reichmann von der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats, der diesbezüglich in einem ständigen Austausch stehe, so Herr Springmann. Der Aspekt von temporären Toiletten während des Umsetzungszeitraums könne man diskutieren.

Frau Schweisfurth bedankt sich für das Aufgreifen des Themas und dass auch dem Inklusionsbeirat die Möglichkeit der Beteiligung gegeben worden ist. Wichtig für behinderte Menschen sei die Barrierefreiheit der Toiletten und das Vorhandensein eines Spiegels. Sie wünsche sich auch, dass Gaststätten dafür offen seien, barrierefreie Toiletten einzurichten.

Auch Frau Katz spricht sich für eine kostenlose Nutzung aus. Sie weist darauf hin, dass auf die ordnungsgemäße Reinigung geachtet werden müsse und dass bei Gaststätten die Beschilderung der „Netten Toilette“ oft sehr versteckt angebracht und daher nicht erkennbar ist.

Herr Pfeifer informiert darüber, dass es eine „Nette Toilette“- APP gibt, die entsprechenden Informationen enthalte.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt das WC-Konzept als Leitlinie für das weitere Verwaltungshandeln hinsichtlich öffentlicher WC-Anlagen.
2. beschließt die zeitnahe Umsetzung für die im Konzept enthaltenen Handlungsempfehlungen für die WC-Anlage im Bestand, die einen geringen Aufwand bedeuten. Für Handlungsempfehlungen mit größerem Aufwand, deren Umsetzung Kosten von 50.000 Euro voraussichtlich übersteigen, sind gesonderte Beschlussvorlagen mit detaillierten Informationen vorzulegen.
3. beauftragt die Verwaltung, die im Konzept enthaltenen Standortvorschläge für neue WC-Anlagen entsprechend der genannten Prioritäten weitergehend auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen, Detailplanungen zu erstellen und den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**28. BA 08.11.2023**

## **11. Grundsatzbeschluss zur Steuerung des Ausbaus der Windenergie in Siegen**

Vorlage Nr. VL 1559/2023

Aufgrund des Verwaltungsaufwandes würden Einzelanlagen ausgeschlossen, so Herr J. Schulz. Im Stadtgebiet gebe es nicht sehr viele mögliche Standorte. Aus diesem Grund komme es der gewünschten Förderung des Windenergieausbaus nicht entgegen, Einzelanlagen von vorne herein auszuschließen. In der Ausschlussliste für Gewerbegebiete müsse man sich ebenfalls die Option offenhalten, wenn es konzeptionell in Gewerbegebieten sinnvoll sei, Windenergie zu erzeugen und möglicherweise direkt zu verbrauchen und sollte nicht von vornherein verboten sein.

Frau Krippendorf verweist auf Ziffer 4 des Beschlussvorschlages, wonach in der Regel Einzelanlagen nicht geplant werden. Dabei könne es aber dennoch Ausnahmen geben, wenn sich Standorte besonders eignen. Einzelanlagen stellten jedoch nicht die Zielrichtung dar. Zur

Anmerkung hinsichtlich der Gewerbeflächen führt sie aus, ergebe sich dies in einem Gesamtkonzept, spreche nichts dagegen dies auch zu tun. Es gehe bei dem Grundsatzbeschluss jedoch darum, eine Positivplanung ausschließlich für Wind zu machen. Dies für ein Gewerbegebiet vorzusehen mache möglicherweise eine Gewerbegebiets-entwicklung unmöglich.

Der Plan zeige kleine Flächen, wo auch ggf. nur eine einzelne Anlage stehen könnten. Deshalb seien solche Anträge durchaus im Bereich des Möglichen, um bei den wenigen Flächen sinnvolle Lösungen zu finden, so Herr Cziba.

In der Fraktion habe man sich darauf verständigt, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da noch offene Fragen zu klären seien, es sei denn, im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie (AfUKE) hätten die Fraktionskollegen mit abgestimmt.

Hier gehe es um ein Rahmenkonzept für die Verwaltung unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung verschiedener Anträge und bedeute nicht, dass die Politik bei den Vorhaben nicht mehr gefragt werde, wie man dazu stehe, so Herr Christian. Es handele sich um einen Vorgehensvorschlag in der Übergangsphase, um Stellung zu beziehen. Die Fraktionsmitglieder der Grünen hätten sich im AfUKE enthalten.

Seit ca. 10 Jahren beschäftige man sich mit dem Thema. Es sei erfreulich nunmehr auf diesem Stand zu sein und sich jetzt auf das Vorgelegte festzulegen. Wenn es an einzelnen Stellen im Stadtgebiet möglich sei, sei dies sinnvoll, auch ein Repowering von Altstandorten, was nach heutiger Gesetzeslage es ohne weitere Anträge möglich sei, sei vorgesehen. Neue Anlagen könnten einfach an alte Standorte gesetzt werden, so Herr W. Schneider. An den Stadtgrenzen bekomme man sicher Windkraftstandorte und man müsse aufpassen, dass einem Nachbarkommunen nicht zuvorkommen.

Der Ausbau der Windkraftenergie sei dringlich. Die Flächen in Siegen seien sehr klein, so dass nur Einzelanlagen dort gebaut werden können. Er bitte sich dafür zu öffnen und Einzelanlagen nicht von vorneherein auszuschließen. Er halte einen generellen Ausschluss für falsch, so Herr J. Schulz. Auch innerhalb der Stadt müsse man daran arbeiten, den Energiebedarf zu decken.

Zunächst sollte man auf den Eingang von Anträgen warten. Die Planung sei der erste Schritt, aber zunächst müssten Investoren gefunden werden, so Herr Christian.

Frau S. Schneider plädiert dafür, auf frühere Planungen zurückzugreifen und unter Berücksichtigung derzeitiger Bedingungen zu überarbeiten. Zukünftig werde sehr viel Strom benötigt, so dass man jede Möglichkeit ausnutzen müsse, um Strom zu erzeugen.

Derzeit seien die Planungen verschollen, könnten aber wahrscheinlich auch zukünftig nicht wiederaufleben, da sich die gesetzlichen Grundlagen geändert hätten. Man sei jetzt aufgrund des Regionalplanes/ des Landesentwicklungsplanes auf ganz anderen Ebenen unterwegs und derzeit versuche man die Planung mit den Windenergiebereichen auf Bezirksregierungsebene umzusetzen. Dies solle das Planungsrecht schaffen, was man früher mit der 85. Änderung auf kommunaler Ebene versucht habe zu erreichen. Danach soll es in Siegen im Bereich Obersetzen eine Fläche geben. Der Grundsatzbeschluss solle bewirken, dass die Verwaltung sprech- und handlungsfähig sei, so Frau Krippendorf.

Der Standort Obersetzen werde seines Erachtens aufgrund des nicht ausreichenden Windes nicht kommen, Windkraft rechne sich erst ab 500 m NN und Obersetzen liege darunter, so Herr Cziba. Pfannenbergl und Rabenhain seien da viel attraktiver.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, den Grundsatzbeschluss als informellen Handlungsleitfaden, um in der Regel das Verwaltungshandeln nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien vorzugeben.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) erst in Frage kommen, wenn Windenergiebereiche im Regionalplan dargestellt sind und bekannt gemacht wurde, dass die Teilflächenziele für die Planungsregion Arnsberg erreicht werden.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) den städtebaulichen Ausschlusskriterien gemäß Anlage 1 in der Regel nicht widersprechen sollen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass Änderungen des Flächennutzungsplanes (Positivplanungen) für Einzelanlagen in der Regel ausgeschlossen sind.
5. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass die erforderlichen Unterlagen, i.d.R. Planurkunde, Begründung und Umweltbericht sowie alle zusätzlich erforderlichen Gutachten durch den Flächeneigentümer oder den beauftragten Projektierer beizubringen sind.
6. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass während der Übergangsregelung das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen auf Flächen, die den Kriterien gemäß Anlage 1 nicht widersprechen, in der Regel nicht versagt werden soll.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme/ 3 Enthaltungen (Grüne))**

**28. BA 08.11.2023**

**12. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

**28. BA 08.11.2023**

gez. Marc Klein  
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt  
Schriftführerin